

ECUADOR



Offizieller Name:	Republik Ecuador
Fläche:	283,560 km ² :
Einwohner:	14,3 Mio.
Bevölkerungswachstum:	1,5%
Regierungssitz:	Quito
Klima:	gemäßigt (Sierra) bis tropisch (Oriente)

Geschichte, Staat und Politik



Geschichte & Staat

Geschichte



Der letzte Inkakaiser Atahualpa und die restaurierte Quinta Bolívar in Cuenca (A. L. Salinas-Dosch). Sie beherbergt eine sehenswerte Dauerausstellung zum Leben und Wirken Simón Bolívars, der sich 1830 in Cuenca aufhielt.

Präkolonialzeit

Im heutigen Staatsgebiet von Ecuador lebten in präinkaischer Zeit mehrere kleine voneinander weitgehend unabhängige Stammesgebiete zwischen den Großreichen der Chimú im Süden und der Chibcha im Norden. Im 15. Jahrhundert eroberten die Inka in längerwierigen Kämpfen gegen die Quitu-Cara das Gebiet bis in die Gegend von Pasto (heute Süd- Kolumbien) und etablierten den Hauptort Quito als nördliche Hauptstadt ihres Reiches. Von hier aus erlangte der letzte Inkakaiser Atahualpa in einem kurzen Bürgerkrieg gegen seinen Bruder Huáscar die Macht.

Kolonialherrschaft

Die spanische Kolonialherrschaft dauerte in Ecuador etwa 300 Jahre. Sie begann 1532 mit der Ankunft der Spanier und endete 1822 mit der Unabhängigkeit. 1823 schuf Simón Bolívar „Großkolumbien“, zu dem Ecuador (damals Audiencia de Quito), Venezuela und Kolumbien gehörten. Die Republik Ecuador schließlich entstand 1830 aus dem Zerfall der Gran Colombia .

In der Geschichte des Landes lassen sich fünf deutlich voneinander getrennte Phasen unterscheiden, die hier in sehr groben Zügen wiedergegeben werden können.

Kakaoboomb

Die erste Phase erstreckt sich vom Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg und wurde durch eine stetige Zunahme des Kakaosports bestimmt. Während dieser Epoche beschränkten sich die sozio-politischen Auseinandersetzungen auf Teile der Oberschicht. Dabei ging es einerseits im wesentlichen um die widersprüchlichen Interessen der protektionistischen, am Binnenmarkt orientierten Großgrundbesitzer des Hochlandes, die mit dem Klerus verbunden waren, und andererseits um die auf den Weltmarkt ausgerichteten liberalen Plantagenbesitzer, Kaufleute und Finanzkreise des Küstengebietes.

Wirtschaftskrise

Nach dem Niedergang der Kakaoproduktion ab 1916 u. a. infolge nachlassender Weltmarktnachfrage, kam es zu einer tiefen Wirtschaftskrise, die bis in die 1940er Jahre andauerte. In

diese Zeit fällt auch die Entstehung der meisten noch existierenden linksorientierten politischen Parteien, Gewerkschaften und populistischen Bewegungen.

Bananenboom

Anfang der 1950er Jahre setzte der Bananenboom ein, der zwei Jahrzehnte anhielt. Während dieser Zeit wurden die bis dahin vorhandenen vorkapitalistischen Produktionsweise im Agrarsektor fast restlos aufgegeben. In Verbindung mit der einsetzenden Industrialisierung entstand das heutige Ecuador mit seiner Infrastruktur und Vermarktung sowie den zwei Großstadtzentren Quito und Guayaquil. Gleichzeitig hat die Ära des Bananenbooms jene ökonomischen und sozio-politischen Probleme hinterlassen (Auslandsverschuldung, ungleiche Vermögensverteilung, Arbeitslosigkeit etc.), mit denen sich das Land bis heute konfrontiert sieht.

Erdölboom

Als 1972 erstmals große Mengen Erdöl exportiert werden konnten, begann die bislang letzte Phase ökonomischen Wohlstands in Ecuador. Das Ende diese Epoche fällt in etwa zusammen mit der Überwindung der Militärherrschaft.

Demokratisierung

Die Verfassung von 1979 leitete den fünften Abschnitt der Geschichte des ecuadorianischen Staates ein und ist durch einen Demokratisierungsprozess, aber auch durch eine Verschärfung politischer, ökonomischer und sozialer Problemfelder andererseits charakterisiert. Zu den wichtigsten Ereignissen der jüngsten Geschichte zählt die 1998 erzielte Lösung des vormals größten außenpolitischen Problems Ecuadors, die Beilegung des seit der Unabhängigkeit schwelenden Grenzkonfliktes mit Peru.

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Situation und politischer Herrschaft ist prägend für die Geschichte Ecuadors. Während des Kakao- und Bananenbooms konnte das Land von Konservativen und Liberalen ohne Intervenierung des Militärs regiert werden. Wenn sich dagegen die ökonomischen Voraussetzungen verschlechterten, ergriffen selbsternannte Militärdiktatoren (Caudillos) oder durch vom Volk getragene „echte“ Caudillos die Macht. Zumeist durchlebte Ecuador dann politische Krisen. „Der Caudillo bezeichnet einen Typus autoritärer Herrschaft, der nicht institutionell verankert ist und primär auf den persönlichen Führungsqualitäten des Herrschenden beruht. Er erkennt keine staatliche Institution und höhere Autorität an und ordnet sich allenfalls mächtigeren Vertretern seiner Gattung unter“ (Karl-Dieter Hoffmann: Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt. Der Fall Ecuador, Saarbrücken und Fort Lauderdale 1985, S.249f.). Eine besondere Bedeutung erlangte der Caudillio José María Velasco Ibarra, dessen politische Ideen als ‚Velasquismo‘ von 1833 bis weit ins 20. Jahrhundert Anhängerschaft besaßen.

Inzwischen blickt das Land auf die längste demokratische Periode in der Geschichte Ecuadors als unabhängige Republik zurück. Gleichzeitig wird das formal-demokratische System besonders seit Mitte der 1990er Jahre durch informale Faktoren, wie wachsende Korruption, die persönlichen Interessen einzelner Politiker und Familienclans und immer neue politische Skandale, massiv unterminiert, so dass heute eher von einer „defekten Demokratie“ zu sprechen ist. Nach zehn Jahren politischer Dauerkrise und der darauf folgenden politischen Neuordnung in gut zwei Jahren Regierung Correa hat sich die politische Landschaft jedoch deutlich verändert.

Staatsform

Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Herausbildung des heutigen Staatswesens bildete die 1885 beginnende liberale Revolution von Eloy Alfaro. Er war zweimal (1895-1901 und 1906-

1911) Präsident von Ecuador. Er gilt als der herausragende liberale Politiker in der Geschichte seines Landes und als zentrale Figur des politischen Lebens an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Alfaro sorgte für die Trennung von Kirche und Staat, säkularisierte das Bildungswesen, führte Religionsfreiheit und Zivilehe ein und schaffte die Todesstrafe ab. Alfaro gründete verschiedene Bildungsinstitutionen und widmete sich stärker als seine Vorgänger der Indigenas- und der Frauenfrage, und verbesserte die rechtliche Stellung beider Gruppen.



Eloy Alfaro (1842-1912)

Ecuador ist eine Präsidentialrepublik mit repräsentativer Demokratie und Mehrparteiensystem. Der Präsident und das Parlament, der Nationalkongress mit 100 Sitzen, werden am selben Tag direkt gewählt. Der Präsident ist gleichzeitig Staatsoberhaupt und Regierungschef. Die Legislative wird von Regierung und Nationalkongress gemeinsam ausgeübt. Trotz diverser Dezentralisierungsbemühungen in den vergangenen Jahren ist das politische System Ecuadors weiterhin zentralisiert. Die politische Macht liegt hauptsächlich beim Präsidenten und damit in der Hauptstadt Quito. In der Praxis jedoch muss die politische Macht ständig zwischen den beiden bedeutenden Großregionen Costa und Sierra mit ihren Zentren Guayaquil und Quito austariert werden.

Das Staatsoberhaupt



Präsident Rafael Correa

In der vergangenen Dekade hatte Ecuador sieben Präsidenten von denen drei nach tumultartigen Aufständen gehen mussten. Bei in den beiden Runden der Präsidentschaftswahlen im Oktober und November 2006 setzte sich der linksgerichtete Wirtschaftsprofessor Rafael Correa gegen den konservativen Milliardär Alvaro Noboa durch. Correa präsentierte sich bereits während des Wahlkampfes und seither im Amt als Verfechter eines radikalen Umschwungs mit deutlicher Opposition zur Politik Washingtons. Der Präsident hat grundlegende Refor-

men eingeleitet, die in der neuen Verfassung ihren deutlichsten Ausdruck finden, und verfolgt eine stärkere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Anders als Chávez in Venezuela nennt Correa seine Politik nicht „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, sondern „Bürgerrevolution“. Rückhalt genießt der Präsident vor allem in den ärmeren Schichten. Deren Lebenssituation hat sich durch die neuen Sozialprogramme der Regierung spürbar verbessert. Bei der Präsidentschaftswahl am 26. April 2009 – die nach Inkrafttreten der Verfassung von 2008 nötig geworden war – wurde Correa mit klarer Mehrheit von 52 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Er erhielt dabei mehr Stimmen als die sieben anderen Kandidaten zusammen. Platz zwei erlangte der frühere Präsident Lucio Gutiérrez mit 28 Prozent. Für die Wiederwahl im ersten Durchgang benötigte Correa 40 Prozent der Stimmen und einen Vorsprung von 10 Prozent auf den Zweitplatzierten. Bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen erreichte Correas Partei „Alianza País“ ebenfalls einen deutlichen Sieg, verfehlte aber knapp die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Auf Grundlage der neuen Verfassung könnte Correa 2013 erneut kandidieren und damit maximal bis 2017 im Amt bleiben. Am 30. September 2010 gerieten Proteste von Soldaten und Polizisten gegen Lohnkürzungen außer Kontrolle. Correa sprach von einem Putschversuch. Meuternde Polizisten hatten den Präsidenten vorübergehend festgesetzt. Sicherheitskräfte besetzten den Flughafen der Hauptstadt Quito und stürmten das Kongressgebäude. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Nach wenigen Tagen normalisierte sich die Lage.

Wenige Monate nach dem gescheiterten Putschversuch konnte Correa seine Position wieder eindeutig verfestigen. Bei einer Volksbefragung im Mai 2011 über innenpolitische Themen setzte sich der Präsident klar durch. Bei acht der insgesamt zehn Fragen stimmte eine Mehrheit der Bürger mit Ja. Die Fragen betrafen Themen von einer Justizreform bis zum Verbot von Glücksspielen und Stierkämpfen. Fünf Verfassungsänderungen waren mit umfangreichen Anhängen versehen.

Die Verfassung

Im Oktober 2008 trat eine neue Verfassung in Kraft, die dem Präsidenten deutlich mehr Macht zubilligt. Bei einer Volksabstimmung hatten Ende September fast 64 Prozent der Wähler für die neue Konstitution gestimmt. Die 444 Artikel ermöglichen unter anderem eine einmalige Wiederwahl des Staatsoberhauptes. Außerdem darf der Präsident künftig das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Die neue Verfassung stärkt zudem die Rolle des Staates und setzt auf ein „soziales und solidarisches“ Gesellschaftsmodell. Sie soll den Ausverkauf der natürlichen Ressourcen des Landes verhindern und verbietet, ausländische Truppen auf ecuadorianischem Territorium zu stationieren. Darüber hinaus ist die Einführung einer kostenlosen Bildungs- und Gesundheitsversorgung für alle vorgesehen.

Die Legislative

Nach der bisherigen Verfassung (von 1998) bestand der Kongress aus 100 Abgeordneten (*deputados*) mit Sitz in der Hauptstadt Quito. Die Abgeordneten wurden als Vertreter der Provinzen für eine Vier-Jahres-Periode gewählt. Jede der 22 Provinzen stellte mindestens zwei Abgeordnete, einwohnerreiche Provinzen erhielten weitere Sitze. Die Parlamentswahlen am 15. Oktober 2006 verliefen nach Angaben des internationalen Wahlbeobachterteams weitgehend ruhig und normal. Die stärksten Fraktionen im letzten Kongress waren: Die konservativ-populistische Partido Renovador Institucional Acción Nacional (PRIAN, 28 Abgeordnete) die Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero des Ex-Präsidenten Lucio Gutiérrez (PSP, 24) und die sozialchristliche Partido Social Cristiano (PSC, 13). Die Verfassungsgebende Versammlung Ecuadors verabschiedete an ihrem ersten Sitzungstag am 30. November 2007 ein Dekret, nach dem der Kongress in eine unbefristete Sitzungspause eintrete, wodurch der Nationalkongress seither derzeit de facto nicht getagt hat. Am 26. April 2009 fanden Neuwahlen zum Parlament, das jetzt Nationalversammlung heißt, statt. Keine Partei erreichte die absolute

Mehrheit und der Opposition verfehlte ihr Ziel, ein signifikantes Zeichen gegen die Regierung Correa und seine „Bürgerrevolution“ zu setzen. Die neue Verfassung hat die Macht der Legislative als Gegengewicht zum Präsidenten zu wirken, deutlich geschwächt.

Strukturell verankerte Probleme

Ecuador gilt als eines der korruptesten Länder weltweit. Auf dem Korruptions-Perzeptions Index (2010) von Transparency International nimmt Ecuador Position 127 unter 178 aufgeführten Ländern ein (eine Verbesserung von 19 Plätzen gegenüber dem Vorjahr). Je weiter unten ein Land auf dem Index steht desto korrupter ist es. Auf dem Demokratie-Index Lateinamerika (2009) der Konrad-Adenauer-Stiftung ist Ecuador inzwischen auf Platz 7 unter den 18 Staaten des Subkontinents aufgestiegen, nachdem das Land noch 2006 den letzten Rang belegt hatte. Regionale Loyalitäten dominieren jede Art der politischen Entscheidungen, resultieren in offen ausgetragenen Verteilungskämpfen zwischen ‚Costa‘ und ‚Sierra‘ und verhindern regelmäßig nationale Reformansätze. Wie in weiten Teilen Lateinamerikas sind auch in Ecuador personalismo, clientelismo und nepotismo (Vetternwirtschaft), d. h. auf Patronage und Loyalität beruhende Netzwerke („Seilschaften“), im politischen System wie auch in der Gesellschaft insgesamt stark ausgeprägt.



Der Präsidentenpalast in Quito

Innenpolitik

Machtgruppen im Land

Die sich ursprünglich aus den Großgrundbesitzern des Hochlands und der Küste rekrutierende ecuadorianische Elite hat über Jahrhunderte als Oligarchie das Land regiert, die Mittelschicht hat in den letzten Jahren jedoch stark an Bedeutung gewonnen, hier vor allem die libanesischen Einwanderer, die nicht zuletzt mit Mahuad zum wiederholten Mal einen Präsidenten stellten. Das Militär bleibt jedoch nach wie vor ein wichtiger Machtfaktor. Wie in anderen Ländern Lateinamerikas hat die Bedeutung der Zivilgesellschaft zugenommen. Die Schwäche der zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt aber weiterhin in ihrer Zersplitterung, d. h. die einzelnen Organisationen vertreten häufig einander widersprechende Partikularinteressen.

Die Opposition in Ecuador

Das herausragende politische Ereignis der letzten Jahre stellt das selbstbewusste Auftreten der organisierten indigenen Völker Ecuadors in Form der Konföderation der Indigenen Nationen Ecuadors CONAIE dar. Zwar ist ihr institutioneller Einfluss noch begrenzt, sie hat jedoch über ihre Aktionen (Besetzung des Parlaments oder Unterstützung der Opposition) die öffent-

liche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Nicht wenige Akteure in Ecuador versuchen regelmäßig, die Arbeit von CONAIE zu behindern, die bis zu Morddrohungen und sogar Mordanschlägen reichen. Für eine umfassende und aktuelle Analyse der Indigenen in Ecuador und deren politischen Rolle ist der Aufsatz von Nina Schierstaedt in den KAS-Auslandsinformationen sehr zu empfehlen.

Einige ihre Forderungen, wie beispielsweise die Definition Ecuadors als Vielvölkerstaat oder die Deklaration der Rechte der indianischen Bevölkerung und Afro-Ecuadorianer, haben Eingang in der neuen Verfassung von 1998 gefunden. Die indianischen Organisationen spielten seit dem Generalstreik von Juli 1999 bis zum Militärputsch von Januar 2000 ebenfalls eine zentrale Rolle. Inzwischen ist es jedoch zu einem Bruch zwischen der Regierung und CONAIE gekommen.

Lage der Menschenrechte

Der Ecuador-Jahresbericht 2009 von Amnesty International erwähnt Berichte über Verletzungen der Rechte von Menschen, die sich für indigene Interessen und die Umwelt engagierte. Kritiker beschuldigten die Regierung einer zunehmenden Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen. Die neue Verfassung, die auf sozialem Gebiet als eine der fortschrittlichsten des Kontinents gilt, hat jedoch zur Stärkung der Menschenrechte beigetragen.

Außenpolitik

Beziehungen mit Kolumbien

Nach 20-monatiger Funkstille haben Kolumbien und Ecuador ihre diplomatischen Beziehungen im November 2009 normalisiert. Die seit 2006 belasteten Beziehungen zu Kolumbien eskalierten im März zur schwerwiegenden diplomatischen Krise. Bereits 2006 drangen Maschinen der kolumbianischen Luftwaffe bei der Verfolgung von Rebellen der Guerillaorganisation Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) mehrfach in den Luftraum des Nachbarlandes ein. Im September 2005 hatten Soldaten der ecuadorianischen Armee auf ihrem Territorium einen Stützpunkt der FARC entdeckt und ausgehoben. Der Rebellen-Unterschlupf befand sich im Norden Ecuadors, 200 Meter von der Grenze zu Kolumbien entfernt.

Am 1. März 2008 drang das kolumbianische Militär erneut auf ecuadorianisches Gebiet vor und tötete den stellvertretende FARC-Anführer Raúl Reyes Reyes und mindestens 23 weitere Rebellen, sowie einen ecuadorianischen und vier mexikanische Staatsbürger bei einem kombinierten Luft- und Bodenangriff. Ecuador und Venezuela, das die Militäraktion ebenfalls scharf verurteilt hatte, stationierten daraufhin Soldaten an den Grenzen zum Nachbarland. Kurzfristig brachen beide Staaten ihre diplomatischen Beziehungen mit Kolumbien ab. Nach wenigen Tagen und einer Entschuldigung des kolumbianische Präsidenten Alvaro Uribe, konnte die Krise jedoch beigelegt werden. Die FARC hat bis zu tausend Geiseln in ihrer Gewalt, darunter die franko-kolumbianische Grünen-Politikerin Betancourt.

Unabhängig von den jüngsten Spannungen hat Ecuador Kolumbien wegen langjähriger Sprühaktionen mit Pflanzenvernichtungsmitteln im Grenzgebiet vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag verklagt. Kolumbien setzt seit Jahren bei der Bekämpfung des illegalen Anbaus von Kokasträuchern, aus denen der Rohstoff für Kokain gewonnen wird, auf die Vernichtung durch die Besprühung mit Gift von Flugzeugen aus.

Beziehungen mit Mutinationalen und der Weltbank

Nach Bolivien ist auch Ecuador gegen ausländische Ölförderfirmen vorgegangen: Die Regierung Land annullierte im Mai 2006 den Vertrag mit der Occidental Petroleum (Oxy) aus den USA und ordnete die Beschlagnahmung der Förderanlagen des Unternehmens an. Hinter-

grund ist der Vorwurf, die kalifornische Firma habe ohne Zustimmung der Regierung in Quito Förderanteile verkaufen wollen. Ecuador ist Südamerikas fünftgrößter Erdölproduzent. Die Erdölindustrie erwirtschaftet ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts und einen Großteil der Deviseneinnahmen des Landes.

Einen Tiefpunkt erreichten Ecuadors Beziehungen mit der Weltbank. Ende April 2007 wies Präsident Rafael Correa den Vertreter der Weltbank in Ecuador, Eduardo Somensatto, aus. Correa wirft der Weltbank Erpressung vor. Die Weltbank habe 2005, als Correa noch Wirtschaftsminister war, einen Kredit zurückgehalten, nachdem aus einem Ölgeldfonds, der zur Schuldentilgung eingerichtet war, Mittel für soziale Zwecke entnommen worden waren. Ein ähnlich gespaltenes Verhältnis besteht zum IWF. Nach eigenen Angaben hat Ecuador seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds bezahlt und wird die Verbindungen zu der Finanzinstitution trennen. Ähnlich wie der linksnationalistische Präsident Venezuelas, Hugo Chávez, kündigte Correa an: „Wir wollen nichts mehr von dieser internationalen Bürokratie hören“.

Beziehungen mit Peru

Am 26. Oktober 1998 wurde das Friedensabkommen zwischen Peru und Ecuador unterzeichnet, das einen Schlußstrich unter den 50 Jahre lang anhaltenden Grenzkonflikt zieht, der noch 1995 zu einem Grenzkrieg eskalierte. Am 15.05.1999 wurde die Grenzziehung beendet.

Beziehungen mit der EU

Im April 2007 hat die EU Kommission ein neues Country Strategy Paper für Ecuador veröffentlicht, das den Ansatz für die europäisch-ecuadorianischen Beziehungen für den Zeitraum bis 2013 skizziert. Das Strategiepapier bietet auch eine gute Zusammenfassung der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes. Von großer Wichtigkeit für Ecuador sind die Verhandlungen über den künftigen einheitlichen EU-Zoll für Bananen, der die bisherige EU-Bananenmarktordnung ablöst. Ecuador ist als größter lateinamerikanischer Bananenexporteur in die EU und Verhandlungsführer Lateinamerikas.

Regionale Integration

Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela und Perú hatten vor wenigen Jahren einen neuen Anlauf genommen, ihre Länder wirtschaftlich und politisch enger in der Andengemeinschaft zu integrieren. Ihre Beziehungen zu anderen regionalen Zusammenschlüssen – wie dem Mercosur – sollten ebenfalls intensiviert werden. Die Perspektiven wirtschaftlicher Integration verschieben sich jedoch mehr und mehr von sub-regionalen Optionen hin zu bilateralen Freihandelsabkommen mit den USA, die den Auflösungsprozess der Andengemeinschaft vorangetrieben haben. Entsprechende Freihandelsverhandlungen Ecuadors mit den USA sind jedoch ins Stocken geraten, wie einem Beitrag der Deutschen Welle zu entnehmen ist. Nach Protesten gegen ein Freihandelsabkommen erklärte die Regierung in Quito im März 2006 den Ausnahmezustand.



Proteste gegen Freihandelsbestrebungen

Medien

Wenn Sie politisch „auf dem Laufenden“ bleiben wollen, sollten Sie wissen, dass die wichtigsten Tageszeitungen Ecuadors auch „online“ verfügbar sind: die konservative „El Comercio“, die liberale „Hoy“ die online-Version der Zeitschrift „Vistazo“ und schließlich das online-Portal „La Hora“. Aktuelle Nachrichten zu Ecuador finden sich auch in der online-Zeitung „South-America Daily“. Deutschsprachige Zeitungen gibt es in Ecuador ebenfalls.

Weitere Informationen der giz:

<http://www.gtz.de/de/weltweit/lateinamerika-karibik/629.htm>

<http://liportal.inwent.org/ecuador/ueberblick.html>

http://www.quito.diplo.de/Vertretung/quito/de/07/seite_giz.html

Diese Informationen wurden aus dem Internet zusammengestellt: Januar 2012